

Deutsche Gewerbezeitung

Erscheinen:
Wöchentlich 2 Nummern;
mit vielen Holz-
schnitten und Figuren-
tafeln.
Preis:
5/2 Thaler oder
9 Gulden 20 Kr. rhein.
jährlich.
Bestellungen auf das
Blatt sind in allen Buch-
handlungen und Postämtern
des In- und Auslandes zu
machen.



Beiträge:
an F. G. Wied,
und
Inserate:
(zu 1 Ngr. die dreispaltige
Zeile Petit)
sind an die Buchhandlung
von Robert Bamberg
in Leipzig zu richten.
Angemessene Bei-
träge für das Blatt
werden honorirt.

Sächsisches Gewerbeblatt.

Verantwortlicher Redakteur: **Friedrich Georg Wied.** — Unter Mitwirkung von **Johann Georg Günther.**

Inhalt: Staatskredit und Volkskredit. II. — Gewerbsverhältnisse. Gegen Vorkäufer. — Briefliche Mittheilungen und Auszüge aus Zeitungen. An die Spinnereibesessenen Sachsens! — Etwas über die sittliche und geistige Fortbildung der Fabrikarbeiter. — Technische Musterung. Ueber die Bereitung der Butter aus süßer gekochter Milch. — Bücherschau. Die geometrische Formenlehre in Verbindung mit dem geometrischen Zeichnen. Von C. W. Scharpf. — Erbieten.

Staatskredit und Volkskredit.

II.

Das bis vor kurzer Zeit und am Ende auch noch jetzt von den Finanzleuten sämmtlicher europäischen Staaten als das vorzüglichste anerkannte System besteht in der Aufrechterhaltung des Staatskredits ohne Rücksicht auf den Volkskredit, indem man von dem Grundsatz ausgeht, daß die Finanzverwaltung sich unabhängig von der Mitwirkung des Volkes erhalten müsse, um ohne Einrede und Widerstand das auszuführen, was sie, die Finanzverwaltung, mit der Regierung im Allgemeinen für passend hält. Von dieser erkannten Nothwendigkeit ausgehend, sind die Staatsverfassungen, wo sich dergleichen befinden, so klüglich eingerichtet, daß wol der Form nach die Steuern von den Ständen verweigert werden können, keineswegs aber dem Wesen nach, und die sogenannten Vertreter des Volks sind so zusammengesetzt, daß selbst, wenn eine Steuer-
verweigerung sich aus irgend einem Grunde rechtfertigt, diese durch die Mehrheit verhindert werden kann. Inzwischen noch mehr! Selbst die größten Gegner einer Regierung überkommt ein panischer Schrecken, wenn ihnen der Sturz des Staatskredits vorgehalten wird, wenn man ihnen vormalt, daß die Staatspapiere um so und so viel Prozent fallen werden, oder darauf hindeutet, daß man dem Staate kein Geld mehr leihen werde. Die ehrenwerthe-
sten Volksfreunde werden leicht eingeschüchtert, läßt man das Schreck-
bild eines Staatsbankrotts auftauchen. Diese Staatskreditaktik der Regierung ist auch schlechterdings nöthig, um die Geldmacht in der Hand zu behalten und mit ihr die Unabhängigkeit von dem guten Willen der Staatsangehörigen: Mittel zu irgend einem Staatszweck herbeizuschaffen. — Denn steht der Staatskredit fest, und stehen die politischen Wechselfälle so, daß man hoffen darf, die Zinszahlungen für die gemachten Anleihen werden regelmäßig erfolgen, so lassen sich die Geldmächte, an deren Spitze Rothschild und Consorten steht, leicht herbei Geld herzugeben, wo es fehlt: nämlich den Regierungen und nicht dem Volke; denn dieses hat in der Sache durchaus keine Stimme. Mittels dieser ungeheuern Summen, welche die Regierungen nach und nach durch die Saug-
rüssel der Elephanten der hohen Börse in sich aufnehmen, und welche lediglich entstanden oder zusammenflossen aus den ange-
sammelten kleinen Kapitalen der Einwohner, werden aber nicht

allein den werbenden Arbeitskräften des Landes, dem Ackerbau, Handel und Gewerbe die befruchtenden Kapitale entzogen, sondern sie tragen auch dazu bei, die Arbeitskräfte des Volks erschaffen zu machen; denn die Besitzer der Staatspapiere, die Gläubiger des Staats, gewissermaßen die Pensionaire desselben, arbeiten um so viel weniger als sie mehr Zinsen von dem Staate ziehen. Auf der andern Seite aber werden die Träger der „Landesindustrie“, worunter wir jederzeit die Kundgebung aller Arbeitskräfte des Staats, verbunden oder auch nicht verbunden mit Grund und Boden, verstehen, genöthigt mehr zu thun, oder weniger für ihre Leistungen zu nehmen, oder von ihrem Ertrage übrig zu behalten, weil der Staat sie zwingt mehr Steuern zu bezahlen, damit er die Zinsen seiner Schulden zu decken vermöge. Ob diese Steuern mit dem Einkommen der Steuernden in einem richtigen Verhältniß stehen, darnach konnte begreiflicherweise nicht gefragt werden; ob — weiter — nicht nach und nach durch die Entziehung des, den Arbeitskräften zu Gebote stehenden Kapitals, der Volkskredit untergraben werde, darnach konnte ebenfalls auch nicht gefragt werden, denn das vornehmste Gebot der Staatsfinanzverwaltung, wofür sie ja überall gelobt und gepriesen wird, heißt: Aufrechterhaltung des Staatskredits um jeden Preis! Ja! diese selbst auf die Gefahr hin, daß das Volk darüber zu Grunde geht. Eine alte Schulden-
masse aus alten Kriegen her, und namentlich aus den sogenannten Befreiungskriegen liegt wie ein nicht weichender Alp auf dem Magen des europäischen Volks. Das gibt natürlich schweren Traum, aber alles Seufzen hilft nichts, der Alp drückt fort! Tilgungspläne sind viel entworfen worden, aber von einer wirklichen Tilgung von Staats-
schulden ist uns sehr wenig bekannt geworden; im Gegentheil sie wurden vermehrt während eines 33jährigen Friedens, wegen allerlei Staatsbedürfnisse zur Aufrechterhaltung des Polizeistaats und zur Sicherheit von Interessen, die nichts weniger als Interessen des Volks waren. Jemehr diese Staatsschulden anwuchsen, desto mehr wurde das Dogma des Staatskredits ausgebildet, um die Stände oder wo diese fehlten, die öffentliche Meinung geneigt zu machen, die dringliche Nothwendigkeit anzuerkennen, den Staatskredit aufrecht zu erhalten, und vergessen zu lassen, welche ungeheure Sum-